





Im Jahre 1907 wurde nach wöchentlichem Kampfe zwischen der Firma und der Arbeiterschaft und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands ein Tarifvertrag abgeschlossen, welcher 1912 von der Arbeiterschaft gekündigt wurde. Gültige Verhandlungen mit der Firma führten zum Abschluss eines neuen Tarifs, welcher den Arbeitern eine kleine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung brachte. Beachtenswert ist, daß 1912 der Tarifvertrag sich nur auf die Abteilung der Holzschuhmacher erstreckte, weil die Arbeiterschaft der übrigen Kategorien, zum größten Teile unorganisiert, nicht an der Bewegung teilnahm.

Der 1912 abgeschlossene Tarifvertrag enthält die Bestimmung, daß er jeweils bis 1. Januar mit Ablauf per 15. Februar von beiden Parteien gekündigt werden kann. 1913 wurde von keiner der Parteien von diesem Rechte Gebrauch gemacht, so daß der Tarif stillschweigend weiterlief. Daß die Firma das größte Interesse daran hatte, die Tarifkündigung auch für das Jahr 1914 zu verhindern, zeigt sie am besten durch ihre Maßnahmen, als die Zeit der Tarifkündigung nahte. Während alle übrigen Abteilungen voll beschäftigt wurden, mußten sich die Holzschuhmacher eine bedeutende Arbeitseinschränkung gefallen lassen, welche die Firma als die Folge schlechten Geschäftsganges hinzustellen suchte. Jeder Arbeiter sollte nach Anordnung der Firma nur die Hälfte der sonstigen Arbeit zugeteilt erhalten, während die Arbeitszeit nur um zwei Stunden pro Tag verkürzt wurde. Es wurde also ein großes Mißverständnis zwischen der Arbeitszeit und des Arbeitspensums geschaffen. Es zeigte sich auch, daß ein Teil der Arbeiter mehr Arbeit zugeteilt erhielt, als vorgeschrieben war, weil trotz des angeführten schlechten Geschäftsganges zwei eilige Aufträge vorhanden waren. Da die Arbeiter der Firma zu verstehen gaben, daß diese Produktionseinschränkung keine Notwendigkeit sei, sondern nur vorgenommen wurde, um die Tarifkündigung zu hintertreiben, hielt es die Firma für zweckmäßig, durch die Kündigung von 13 Holzschuhmachern die Arbeiter von dem Vorhandensein eines schlechten Geschäftsganges zu überzeugen.

Da aber eine Bestimmung des Tarifvertrages die Entlassung von Arbeitern infolge schlechten Geschäftsganges ausschließt, mußte sich die Firma überlegen lassen, daß die vorgenommenen Kündigungen als Tarifbruch in Betracht kommen. Als die Arbeiter auf die Zurückziehung der Kündigung bestanden, kam die Firma dieser nach. Aber gerade diese Maßnahme der Firma brachte die Arbeiter zu der Überzeugung, daß für sie eine Tarifkündigung unbedingt notwendig sei. Es wurde dementsprechend von der Arbeiterschaft beschlossen, und am 29. Dezember 1913 der Tarif mit Ablauf per 15. Februar 1914 gekündigt. Die Firma war selbstverständlich von der Tarifkündigung sehr überrascht, da sie glaubte, daß ihre Manipulationen dies verhindern zu können. Da die Firma stets ein großes Interesse für einen Tarifvertrag zeigte, sah sie sich genötigt, Fühlung mit den Arbeitern zu nehmen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages und verlangte von den Arbeitern die Einreichung ihrer Wünsche zum neuen Tarif. Da bereits alle Vorbereitungen getroffen, erhielt die Firma die Wünsche der Arbeiter schriftlich übermittelt, in der Erwartung gütlicher Verhandlungen. Es zeigte sich aber, daß die Firma keinerlei gütliche Verhandlungen wollte, sondern wiederum mit Gewaltmaßnahmen zu operieren begann. Am Sonnabend, den 7. Februar, vormittags, erhielt die Firma aus ausdrücklichen Verlangen die Wünsche der Arbeiterschaft übermittelt und sechs Stunden später kündigte die Firma schon 11 Holzschuhmachern ohne jede Begründung. Aber damit noch nicht genug. Am nächsten Montag hängte die Firma einen neuen Lohnzettel aus, welcher Lohnverschlechterungen von bis 10 Prozent gegenüber dem zurzeit gültigen Tarife bedeutet, mit der Maßnahme, daß dieser Tarif ab 15. Februar in Gültigkeit tritt.

Infolge dieser Maßnahme der Firma war die für den Tarif in Betracht kommende Arbeiterschaft genötigt, sofort ihre Kündigung einzureichen, um nicht zu den verschlechterten Arbeitsbedingungen arbeiten zu müssen. Nach erfolgter Kündigung der Holzschuhmacher griff die Firma in der Bekämpfungswut der Arbeiterorganisation zur Kündigung aller im Betriebe vorhandenen organisierten Arbeiter der anderen Kategorien, obwohl dieselben mit dem Tarifvertrag in gar keinem Zusammenhang stehen. Mit der Kündigung aller organisierten Arbeiter hat die Firma bewiesen, daß sie es auf die Vernichtung der Arbeiterorganisation abgesehen hat. Erfolg wird sie erstensherweise damit nicht haben. Vor Ablauf der Kündigungen fanden verschiedene Aussprachen zwischen der Firma, der Arbeitert Kommission und dem Bezirksleiter Fuchs (mit letzterem durch das Telefon) statt. Hierbei erklärte die Firma, daß sie auf dem Abschluss eines Tarifvertrages mit den Holzschuhmachern unter allen Umständen bestünde. Besonders wichtig ist die Äußerung der Firma dem Bezirksleiter Fuchs gegenüber, zu dem sie mit Nachdruck erklärte: Sie, die Firma, bestünde auf einem Tarifabschluß. Solange sie organisierte Arbeiter habe, müsse sie einen Tarifvertrag haben. Die Firma hat damit bestätigt, daß sie die Macht der organisierten Arbeiterschaft zu schätzen weiß und zugleich bekundet, daß sie mit den unorganisierten Arbeitern nach Willkür schalten kann, weil sie Forderungen nicht zu bestrafen hat. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß die Firma bei den stattgefundenen Aussprachen mit allem Nachdruck erklärte: Ein Tarifvertrag muß abgeschlossen werden, aber von der Erhöhung der Arbeitszeit oder Verkürzung der Arbeitszeit könne keine Rede sein. Es müsse vielmehr die Arbeitszeit verlängert und einige Paragraphen nach ihrem Wunsch geändert werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die Firma selbst nicht ernstlich daran glaubte, einen verschlechterten Tarifvertrag erzwingen zu können, weil alle ihre Gewaltmaßnahmen die Einigkeit der Arbeiterschaft nicht zu erschüttern vermochten, sondern

ins Gegenteil umschlugen, was sich bei der späteren Verhandlung zeigte.

Die Firma wandte sich an ihre Organisation. Es fanden dann die bereits erwähnten Einigungsverhandlungen im Beisein der Vertreter des Fabrikantenvereins und des Zentralverbandes der Schuhmacher statt. Auch bei diesen Unterhandlungen erklärte die Firma offen, daß alle ihre Maßnahmen nur dem Zwecke dienen sollen, die Arbeiter zur Annahme des früheren Tarifvertrages unter dem Drucke der Aussperrungsgefahr zu erzwingen. Als die Arbeiter erklärten, daß sie von all ihren Forderungen absehen und unter den jetzigen Lohnverhältnissen weiter zu arbeiten gewillt seien, um die Aussperrung zu verhindern, lehnte die Firma dieses Entgegenkommen der Arbeiter ab und erklärte, daß es ohne Tarifabschluß kein Weiterarbeiten gibt. Damit war es der Arbeiterschaft unmöglich, die Aussperrung zu verhindern, weil die Firma ihre vorgenommenen Kündigungen zurückzunehmen nicht gewillt war. Da aber die Kündigungsgefahr abgelaufen war, war die von der Firma gewollte Aussperrung von 50 Arbeitern perfekt. Sämtliche Aussperrte sind organisiert. Sehr interessant und besonders wichtig für spätere Tarifkämpfe ist die Stellung der Firma und des Vertreters des Fabrikantenvereins, Syndikus Frisch, bei diesen Verhandlungen. Während sich sonst die Fabrikanten mit aller Macht weigern, Tarifverträge mit den Arbeitern abzuschließen und vom Fabrikantenverein dahingehend unterstützt werden, und unsere Organisation wegen Abschluß von Tarifverträgen schon schwere Kämpfe zu führen hatte infolge der prinzipiellen Gegnerschaft des Fabrikantenvereins, verlangt man hier nicht nur den Tarifvertrag, sondern versucht die Arbeiterschaft durch Aussperrung zum Abschluß des Tarifvertrages zu bringen. Man sieht, daß der Fabrikantenverein sehr inkompetent zu handeln versteht, wenn er glaubt, damit den Interessen seiner Mitglieder zu dienen. Die Arbeiterschaft hat es niemals abgelehnt, einen Tarifvertrag mit der Firma abzuschließen. Sie sieht sich aber einen für sie ungünstigen Tarifvertrag nicht aufzwingen und ist gewillt, lieber die Aussperrung über sich ergehen zu lassen, als sich der Firma willenlos auszuliefern, oder durch einen ungünstigen Tarifvertrag binden zu lassen.

Hoffentlich kommt die Firma bald zu der Überzeugung, daß sie auch mit der Aussperrung ihr Ziel, der Arbeiterschaft einen verschlechterten Tarifvertrag aufzuzwingen und die Organisation zu vernichten, nicht erreichen wird. Von der gelamten Arbeiterschaft wird erwartet, daß sie den um ihre Menschenrechte kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken fallen und bei der Firma Lohn für keine Arbeit annehmen. Als Arbeitswilliger ist nur ein unorganisierter Arbeiter stehen geblieben. Aber ein Vogel macht beinahe keinen Sommer. Der Firma wird mit dieser treuen Seele wenig gebient sein.

### Differenzen bei Bayerndorf und Streit bei Gebr. Regensteiner (Monachia) in München.

Die Differenzen bei der Firma Bayerndorf sind beigelegt. Der Fabrikant erklärte den Beteiligten, sowie den Vertretern des Arbeiterausschusses, daß er die freitägigen 12 Pfg. pro Qgd. auch für Herren-Artikel bezahle. Eine Erklärung, die durch die tariflichen Abmachungen bedingt ist. Hoffentlich werden die Arbeiter für die Folgezeit von derartigen, dem Vertrag widersprechenden Auslegungen verschont; denn sie sind geeignet, das ganze Werk der Tarifverträge in Frage zu stellen und ermutigen keineswegs für die Folgezeit.

Der Kampf bei der Firma Regensteiner dauert unverändert weiter. Geschlossen, wie die Arbeiterschaft am 31. Dezember 1913 die Fabrik verlassen, stehen sie heute nach achtwöchentlichem Kampfe da. Herrn Regensteiners Prophezeiungen haben sich nicht bewahrheitet, und er ist nach wie vor auf seine allüberall zusammengekommenen Kausarbeiter, die ganz minderwertige Arbeitskräfte sind, angewiesen. Arbeitskräfte, die zu normalen Zeiten nie und nimmer engagiert würden. Aber zurzeit sind sie dem Fabrikanten gut genug als Mittel, ehrliche und rechthafte Leute niederzuringen. Auch ehemalige Schulfabrikanten von Wilmanns und München, Café- und Kinotheaterbesitzer von München, Donauwörth oder Ingolstadt, scheuen sich nicht, Handlangerdienste zu leisten. Selbst der Sohn, der das ehle Handwerk der Konditorei erlernt hat, sowie die Tochter, werden mit herbeigezogen, Kausarbeitsdienst zu leisten. Hoffentlich erhalten sie einmalm den entsprechenden Lohn für hervorragende geleistete Dienste auf dem Gebiete des Arbeiterrates.

Daß neuerdings drei von der Polizei gesuchte „Kräfte“ die Fabrik Regensteiner zielen, sei nur nebenbei erwähnt. Wohl der Übel wird der Fabrikant einsehen lernen müssen, daß seine und seiner Trabanten Helfersdienste, einschließend der Herren Monteurs, vergebens sind und daß, wenn der Betrieb nicht völlig ruiniert werden soll, er sich mit seinen alten und bewährten Leuten verständigen muß.

Der Zugang nach München ist nach wie vor streng fern zu halten und eruchen wir alle Poststellen im Inland sowie der Internationale angeschlossenen Bruderverbände daselbe zu tun.

### Der Anschluß an die Organisation ist eine sittliche Pflicht!

Noch nie ist die Arbeitslosigkeit so groß gewesen als gegenwärtig und viele Hunderttausende braver und fleißiger Arbeiterhände verharren im gezwungenen Feiern, bevölkern die Arbeitsnachweise und sehnen den Augenblick herbei, der

auch ihnen Gelegenheit geben soll, ihre Arbeitskraft zu verwerten und für diese die notwendigen Mittel zum Bestreiten des dürftigsten Lebensunterhalts einzutauschen. Wie viele unserer Mitglieder erkennen in diesen drückenden Zeiten den Wert der gewerkschaftlichen Organisation, die ihnen durch ihre Unterstützungseinrichtungen auf längere oder kürzere Zeit die Möglichkeit gibt, den mit der langanhaltenden Arbeitslosigkeit verbundenen Notständen in etwas zu begegnen. Neben dem tatkräftigen Arbeiten unseres Verbandes zur Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder sind es vor allem die Zeiten der Niedergänge, die den Wert der Gewerkschaft vielen Tausenden einprägen. Mancher, der die durch die Organisation ihm erungene Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung oder sonstige Verbesserung seiner Lage als etwas selbstverständliches hinnimmt, geht in den Zeiten rückläufiger Konjunktur in sich und erkennt an, daß es wirklich etwas so Großes um eine Organisation ist, deren einzelne Glieder durch die gleichen Freuden und Leiden fest zusammengeschweißt sind, die in idealster Weise dem Grundsatze

Einer für alle und alle für einen!

fuldigen. In solchen Zeiten wird manchem das Gewissen geschärft, so daß er sich prüft, ob er auch stets eingebend war des hohen idealen Wertes seines Verbandes, der ihm in allen Fatalitäten seines anpeinlichen und unangenehmen Zwischenfällen so reichen Lebens als treuer Hüter zur Seite steht. Mancher wird bei solchem Nachdenken aufgerüttelt aus seiner Gleichgültigkeit und umgewandelt in einen freudigen Bekenner der Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Und dabei ist das heute mögliche Wirken unseres Verbandes doch nur ein Teilchen von dem, was sein könnte, wenn auch nur der weitaus größte Teil unserer Berufsangehörigen ihm angeschlossen wäre.

Allerdings müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern auch das Gegenteil konstatieren: In Krisenzeiten, wenn alles unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hat, da müssen auch die Gewerkschaften von einem gewissen Rückgang berichten, der freilich nur die reinen Mitgliederzahlen berührt. Da müssen schon ganz besonders glückliche Verhältnisse eine Rolle spielen, wo in solchen rückläufigen wirtschaftspolitischen Erscheinungen und dem Elend juelender beruflicher Geschäftslage die Arbeiterorganisationen von einem bemerkenswerten Aufschwung berichten können. Das ist erklärlich, denn wenn alle Welt unter dem harten Drucke anhaltender Krisen seufzt, dann kann sich der Arbeiter, auf dem alles mit doppeltem Gewicht lastet, selten oder garnicht über solche besonderen Glücksumstände beklagen, es sei denn, daß man scharfmacherische Provokationen, wie die Versuche auf Verlängerung der Arbeitszeit, auf Kürzung der Löhne oder die auf sonstige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse gerichteten Bestrebungen als solche preisen wollte, da diese ja den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen aus beste beweisen und die unter den Folgen solcher Provokationen leidenden Berufsgenossen in die Gewerkschaften hineintreiben. Jede der sich in totaler Verkennung des eigentlichen Wertes der einzelnen Berufsgruppen und des Arbeiter in dessen Eigenschaft als produzierendes und konsumierendes Glied unserer Gesellschaft über ordnende Klasse wütet alle Bedrückungen, Steuerlasten usw. auf die ihr nachfolgende Schicht ab, bis eben alles auf dem Arbeiter hängen bleibt, der sich vergeblich nach einem Objekt umsieht, dem er auch nur ein Teilchen seiner Last abgeben könnte.

In Krisenzeiten treten dann zu diesen außerordentlichen Belastungen mangelnde Verdienste, so daß es schon verständlich wird, wenn mancher Arbeiter sein ihm aufgepreßtes „Spar“-Salz noch weiter ausblutet und er alle die Ankosten zu vermeiden sucht, die ihm nach seiner Anschauung einen momentanen Nutzen nicht bringen. Was Wunder dann, wenn derjenige, der seine Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nicht innerer Überzeugung, sondern irgendwelchen äußeren und rasch verflüchtenden Einflüssen dankt, zuerst mit an den Gewerkschaftsbeiträgen zu „sparen“ beginnt. Daß dies aber die größte Dummheit ist, die er nur machen kann, mag er vielleicht einsehen, wenn es ihm in rechter Weise dargelegt wird. Ob man ihn aber von seinem Schritt abhalten kann, das ist eine andere Frage. Es ist eben so und es wird auch immer so bleiben, daß zum Festhalten an der gewerkschaftlichen Organisation eine starke innere Überzeugung gehört, die auch solche anhaltende Depressionsperioden überdauert, wie wir sie gegenwärtig immer haben werden. So aber kann man mit allem Recht sagen, daß die Rückgänge oder Stillstände unserer Organisationen in Krisenzeiten einen gewissen Reinigungsprozeß darstellen, bei dem die unbeständigen Elemente ausgeschieden werden und der getreute Beststand der Organisationen fast vollständig die überzeugungstreuen Mitglieder darstellt, die keine noch so scharfe Belastung, kein noch so großer Notstand den Glauben an die absolute Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen nehmen kann. (Schluß folgt)

### Literarisches.

Gesammelte Entscheidungen der Zentralvorstände über die Auslegung und Anwendung der Tarifverträge im Holzgewerbe. Herausgegeben von C. Rabardt und Th. Veipart. 32 Seiten. Berlin 1913. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis 80 Pfg.

Verhandlungsbericht über die Reichskonferenz der Bäcker- und Pflanzmader am 23. und 24. November 1913 in Berlin. 56 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis 80 Pfg.



























